Die Finanzmisere der Kommunen – Stand und Gründe_Oktober 2026, von ChatGPT

An ChatGPT
Es geht um den Stand der finanziellen Ausstattung der Kommunen insgesamt in Deutschland sowie um die Ursachen für die aktuelle Schieflage. Die Geldnot der deutschen Kommunen ist insbesondere in den letzten drei Jahren schnell und enorm gestiegen. Bitte als erstes eine grafische Darstellung der Entwicklung der kommunalen Finanzen über die letzten 30 Jahre.

Ja. Für die **finanzielle Lage der Kommunen** halte ich den **kommunalen Finanzierungssaldo** für die aussagekräftigste erste Kennzahl: Einnahmen minus Ausgaben. Ein negativer Wert bedeutet, dass die laufenden Einnahmen die Ausgaben nicht decken; ein positiver Wert einen Überschuss.

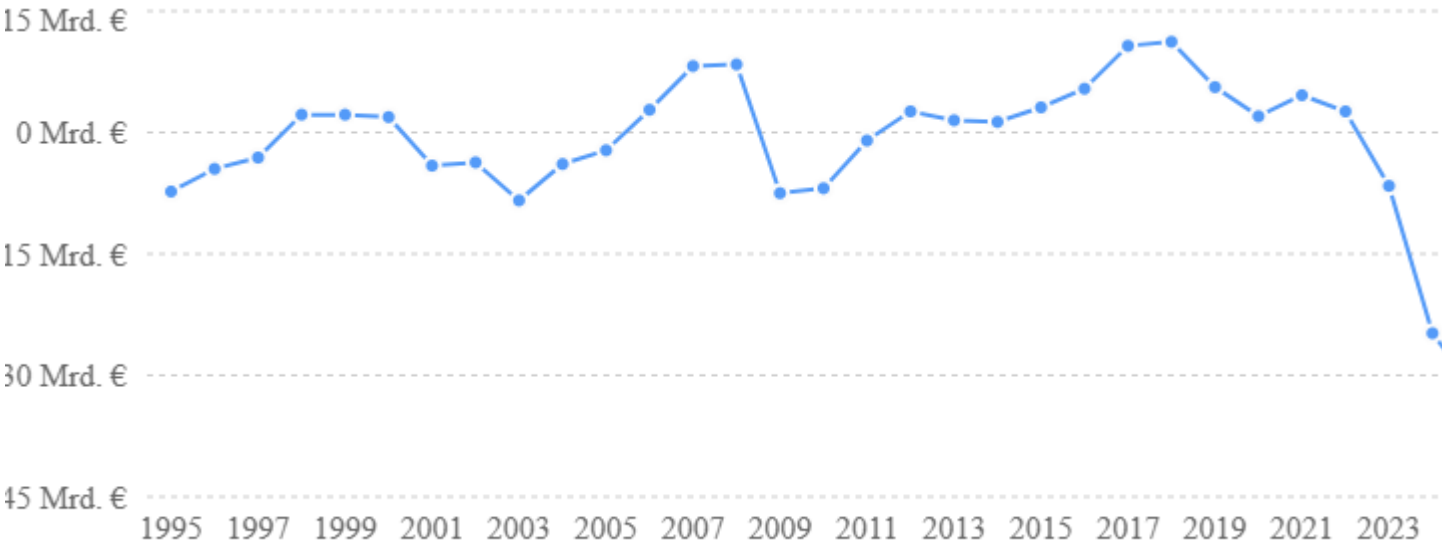
Ich habe dafür die amtliche Finanzstatistik von Destatis bzw. die darauf beruhenden BMF-Reihen zugrunde gelegt. Wichtig ist: Die Zahlen beziehen sich auf **Gemeinden und Gemeindeverbände, ohne Stadtstaaten**, soweit dies in der kommunalen Finanzstatistik ausgewiesen wird. GENESIS-Online

Entwicklung des kommunalen Finanzierungssaldos 1995–2025

Mrd. € pro Jahr – Überschuss (+) / Defizit (–)

Kommunaler Finanzierungssaldo in Deutschland, 1995–2025

Gemeinden und Gemeindeverbände: bereinigte Einnahmen minus bereinigte Ausgaben, in Milliarden Euro. Positive Werte bedeuten Überschuss, negative Werte Defizit.



Year	Saldo
1995	-7.3
1996	-4.5
1997	-3.1
1998	2.2
1999	2.2
2000	1.9
2001	-4.1

Year	Saldo
2002	-3.7
2003	-8.4
2004	-3.9
2005	-2.2
2006	2.8
2007	8.2
2008	8.4
2009	-7.5
2010	-6.9
2011	-1
2012	2.6
2013	1.5
2014	1.3
2015	3.1
2016	5.4
2017	10.7
2018	11.2
2019	5.6
2020	2
2021	4.6
2022	2.6
2023	-6.6
2024	-24.8
2025	-31.9

Quelle: Statistisches Bundesamt/Bundesfinanzministerium; 1995–2011 amtliche Rechnungsergebnisse, ab 2007/2014 teils Kassenstatistik. 2025 vorläufig.

Was an dieser Grafik besonders auffällt

Man erkennt tatsächlich **einen dramatischen Bruch in den letzten drei Jahren**:

- **1995–2005:** Die Kommunen hatten immer wieder erhebliche Defizite; besonders 2003 mit rund **–8,4 Mrd. €**. GENESIS-Online
- **2006–2008:** eine außergewöhnlich gute Phase, mit bis zu etwa **+8,4 Mrd. €** Überschuss.
- **2009–2011:** Finanz- und Wirtschaftskrise → erneut deutliche Defizite.
- **2012–2019:** bemerkenswerte Erholung. Besonders 2016/17 stiegen die Überschüsse auf **+5,4 bzw. +10,7 Mrd. €**. Destatis
- **2020–2022:** Trotz Corona blieben die Kommunen insgesamt noch im Plus. 2020 lag der Überschuss bei rund **2 Mrd. €, 2021 bei 4,6 Mrd. € und 2022 bei 2,6 Mrd. €**. Destatis
- **2023:** der Absturz beginnt: **–6,6 Mrd. €**.
- **2024:** das Defizit explodiert auf **–24,8 Mrd. €**, das höchste kommunale Defizit seit der Wiedervereinigung. Destatis
- **2025:** nochmals eine Verschlechterung auf **–31,9 Mrd. €** – neuer Rekord. Destatis

Und die Entwicklung **ist 2026 keineswegs beendet**: Im **1. Halbjahr 2026** lag das kommunale Defizit bereits wieder bei **–20,1 Mrd. €**, exakt auf dem Rekordniveau des ersten Halbjahres 2025. Destatis

Das ist meines Erachtens der entscheidende Befund für die weitere Analyse: **Wir haben es nicht einfach mit einer normalen konjunkturellen Schwächephase zu tun.** Zwischen 2022 und 2025 ist innerhalb von nur drei Jahren aus einem Überschuss von rund 2½ Mrd. € ein Defizit von fast 32 Mrd. € geworden.

Noch gravierender ist die Wirkung auf die kommunale Infrastruktur: Der von den Kommunen wahrgenommene **Investitionsrückstand stieg 2024 auf 215,7 Mrd. €**, nachdem er bereits zuvor kontinuierlich gewachsen war. KfW

Als nächsten Schritt würde ich (ChatGPT) deshalb die Ursachen systematisch auseinandernehmen – und zwar getrennt nach Einnahmen- und Ausgabenseite. *Besonders interessant ist dabei die Frage, ob die gegenwärtige Krise überwiegend durch* ***zu geringe Einnahmen*** *oder durch eine* ***explodierende Ausgabendynamik*** *verursacht wird. Genau dort liegt nämlich ein sehr wichtiger Teil der aktuellen politischen Kontroverse.*
Ja, bitte, mit Fokus auf die Entwicklung der letzten 3 – 5 Jahren.

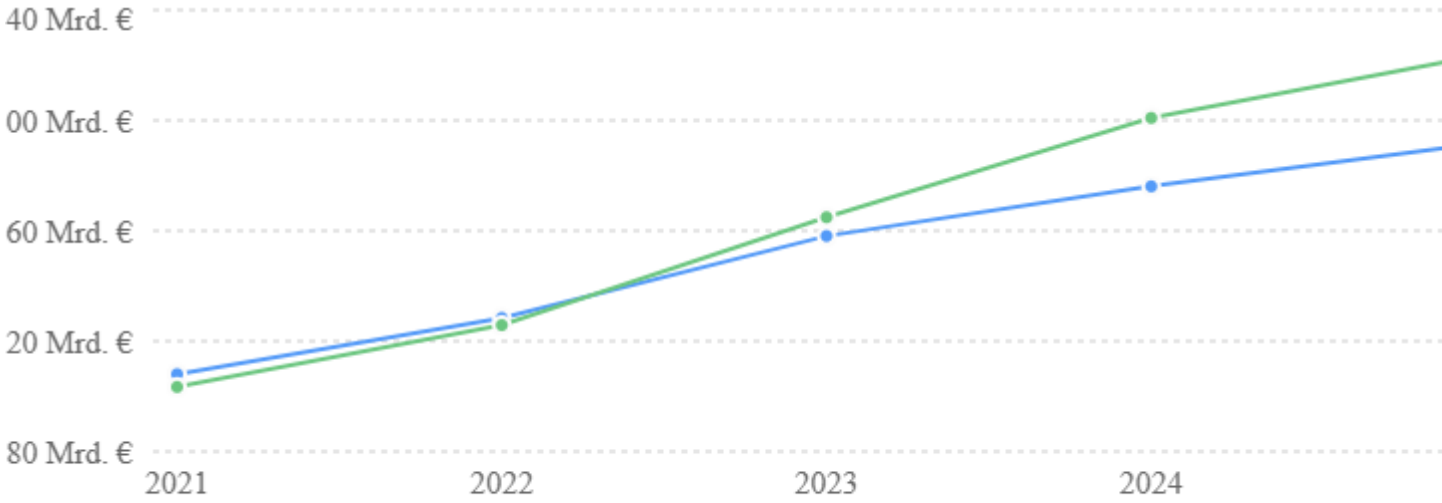
Ja. Wenn wir den Blick auf **2021–2025** konzentrieren, wird die Ursache der Schieflage wesentlich deutlicher als in der 30-Jahres-Grafik.

1. Der entscheidende Befund: Die Ausgaben laufen den Einnahmen davon

Für die Kommunen insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

Kommunale Einnahmen und Ausgaben 2021–2025

Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Stadtstaaten; Kern- und Extrahaushalte. Die Werte zeigen, wie sich die Finanzierungslücke ab 2023 öffnet.



Einnahmen

Ausgaben

Year	Einnahmen	Ausgaben
2021	308	303.4
2022	328.4	325.8
2023	358.1	364.9
2024	376.1	400.9
2025	391.4	423.3

Quelle: Statistisches Bundesamt. 2025 vorläufige Ergebnisse.

Die Zahlen zeigen etwas sehr Wichtiges:

2021/22 waren die Kommunalfinanzen noch relativ ausgeglichen. Ab 2023 kippt das Verhältnis – und danach wird die Lücke jedes Jahr größer.

2025 standen ungefähr **391 Mrd. € Einnahmen rund 423 Mrd. € Ausgaben** gegenüber. Daraus ergibt sich das Rekorddefizit von **31,9 Mrd. €**. Destatis

---

2. Woher kommt die Verschlechterung?

Ich würde die Entwicklung in **vier Hauptfaktoren** aufteilen.

A. Sozialausgaben: der wichtigste unmittelbare Ausgabentreiber

Das ist meines Erachtens der zentrale Punkt.

Die kommunalen Ausgaben für **Sozialleistungen** entwickelten sich:

Jahr	Sozialausgaben
2021	ca. 64,2 Mrd. €
2022	ca. 67,2 Mrd. €
2023	ca. 76,5 Mrd. €
2024	ca. 84,5 Mrd. €
2025	weiter stark gestiegen

Allein **2022 → 2024** bedeutet das einen Anstieg von ungefähr **17 Mrd. €** bzw. gut 25 %. Bundesfinanzministerium

Besonders markant war der Sprung 2023: Die Sozialausgaben stiegen damals um **11,7 %**. Destatis nennt ausdrücklich die höheren Regelsätze bei Bürgergeld und Sozialhilfe sowie zusätzliche Belastungen durch die Aufnahme ukrainischer Schutzsuchender als wesentliche Faktoren. Destatis

Und 2024 ging die Entwicklung weiter: Die Sozialleistungen stiegen nochmals um **11,7 % auf 85 Mrd. €**. Destatis bezeichnet sie ausdrücklich als einen der wesentlichen Ausgabentreiber des Rekorddefizits. Destatis

---

3. Aber: Es sind nicht nur die Sozialausgaben

Das ist für die politische Bewertung wichtig.

Auch andere große Ausgabenblöcke sind sehr kräftig gewachsen:

Ausgabenart	2022	2024	Veränderung
Personal	75,7 Mrd. €	88,1 Mrd. €	**+16 %**
laufender Sachaufwand	63,5	73,5	**+16 %**
Sozialleistungen	67,2	84,5	**+26 %**

Ausgabenart	2022	2024	Veränderung
Zinsausgaben	1,8	3,2	**+78 %**

Quelle: BMF, Kommunalfinanzen; Kernhaushalte, Flächenländer ohne Stadtstaaten. Bundesfinanzministerium

Damit sieht man bereits ein **zweites Problem**:

Die Inflation und die Kostensteigerungen nach 2022 haben die kommunalen Haushalte erheblich getroffen.

Löhne, Baukosten, Energie, Dienstleistungen und andere Sachkosten sind gestiegen. Gleichzeitig begann – nach der langen Niedrigzinsphase – der Schuldendienst wieder spürbar teurer zu werden.

---

4. Und nun die Einnahmeseite

Hier liegt ein wichtiger Punkt, der in der öffentlichen Diskussion manchmal etwas untergeht.

Die Einnahmen sind keineswegs eingebrochen.

Im Gegenteil:

- 2022: +6,6 %
- 2023: +9,6 % etwa
- 2024: +7,6 %
- 2025: +4,1 %

Die kommunalen Einnahmen stiegen also weiterhin beträchtlich. Destatis

Das Problem lautet deshalb präziser:

> **Nicht primär Einnahmenausfall, sondern ein wesentlich schneller wachsender Ausgabenblock.**

Besonders interessant ist dabei die Entwicklung der Steuereinnahmen.

2022–2024

Die kommunalen Steuereinnahmen stiegen zunächst kräftig:

2022: +7,1 %
2023: +7,1 %
2024: nur noch **+1,5 %**

Und 2024 stagnierte insbesondere die Gewerbesteuer nahezu:

+0,3 % auf 62,1 Mrd. €. Destatis

Das ist für die letzten zwei Jahre entscheidend:

Die Ausgaben beschleunigen sich, während das Steuerwachstum gleichzeitig deutlich nachlässt.

---

5. 2025 verschärft sich das Problem weiter

2025 gab es bei den Steuern wieder etwas mehr Bewegung:

- kommunale Steuern insgesamt: **+3,4 %**
- Gemeindeanteil Einkommensteuer: **+7,5 %**
- Gewerbesteuer: nur **+1,0 %**
- Grundsteuer: praktisch **unverändert**

Die gesamten kommunalen Einnahmen stiegen um **4,1 %**. Die Ausgaben wuchsen aber um **5,6 %**. Destatis

Das ergibt die entscheidende Differenz:

Einnahmen +4,1 %
gegen
Ausgaben +5,6 %

Und diese scheinbar kleine Differenz erzeugt bei einem Haushaltsvolumen von über 400 Mrd. € einen enormen Fehlbetrag.

---

6. Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Kommunen investieren sogar mehr – nicht weniger

Das ist zunächst paradox.

2023 stiegen die kommunalen Sachinvestitionen um **11,9 %**, 2024 nochmals um **12,5 %**. 2025 verlangsamte sich das Wachstum auf **3,5 %**. Destatis

Das bedeutet:

> Die heutige kommunale Finanzkrise ist **nicht einfach dadurch entstanden, dass die Kommunen plötzlich viel mehr investieren.**

Vielmehr werden die **laufenden Ausgaben** zum Problem.

Und das ist besonders fatal, weil die Kommunen gleichzeitig einen enormen Investitionsrückstand haben. Nach dem KfW-Kommunalpanel 2026 beträgt der wahrgenommene kommunale Investitionsrückstand inzwischen **231,2 Mrd. €**. KfW

Die Kommunen stehen damit vor einem klassischen Dilemma:

laufende Ausgaben steigen → Haushalt gerät ins Defizit → weniger Spielraum für Investitionen → gleichzeitig enormer Investitionsbedarf.

---

7. Was ist also die Ursache der aktuellen Schieflage?

Nach meiner Einschätzung lässt sich die Entwicklung 2022–2025 so zusammenfassen:

1. Explodierende Sozialausgaben

Der wichtigste einzelne Ausgabentreiber.

2. Hohe Kostensteigerungen

Personal, Energie, Dienstleistungen, Bau und laufender Sachaufwand.

3. Steigende Zinslast

Noch von niedrigem Niveau ausgehend, aber inzwischen deutlich spürbar.

4. Nachlassendes Steuerwachstum

Insbesondere Gewerbesteuer und andere konjunkturabhängige Einnahmen wachsen nicht mehr annähernd so schnell wie die Ausgaben.

5. Das kommunale Finanzierungssystem reagiert nur teilweise auf diese Kostenentwicklung

Die Kommunen können ihre Einnahmen nicht einfach entsprechend erhöhen. Ein großer Teil der Einnahmen hängt von Steuern, Länderzuweisungen und gesetzlichen Regelungen ab.

Aber hier wird es jetzt politisch und systematisch interessant

Ich würde **nicht** vorschnell sagen:

> „Die Kommunen sind deshalb pleite, weil Bund und Länder ihnen immer mehr Aufgaben übertragen haben.“

Das ist **teilweise richtig, aber als Gesamterklärung zu simpel**.

Denn gleichzeitig haben **Bund und Länder die Kommunen in den vergangenen Jahren erheblich finanziell unterstützt**. Beispielsweise entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft über zusätzliche Umsatzsteueranteile und beteiligt sich an den Kosten der Unterkunft; außerdem gibt es verschiedene Investitionsprogramme. Bundesfinanzministerium

Die entscheidende Frage für eine seriöse Ursachenanalyse lautet daher:

Sind die Kommunen heute strukturell unterfinanziert – oder sind vor allem bestimmte Ausgaben, insbesondere die Sozialausgaben, schneller gestiegen als die ihnen zugewiesenen Einnahmen?

Und noch eine zweite, sehr interessante Frage:

Wer bestimmt eigentlich über die Ausgaben, die die Kommunen tragen müssen – Bund, Länder oder die Kommunen selbst?

*Das würde ich als **nächsten Schritt** untersuchen. Dabei kann man sehr schön unterscheiden zwischen **„fremdbestimmten Pflichtausgaben“**, **kommunalpolitisch beeinflussbaren Ausgaben** und **den jeweiligen Finanzierungsquellen von Bund und Ländern**. Genau dort lässt sich dann ziemlich nüchtern feststellen, **wer für die aktuelle kommunale Finanzkrise welchen Anteil der Verantwortung trägt**.*

Ja, bitte dies Untersuchen und Darstellen wie gerade beschrieben

Ja. Ich würde die Frage etwas genauer aufbauen als nur nach dem Muster „Bund bestellt – Kommune bezahlt“. Gerade hier gibt es eine **wichtige verfassungsrechtliche Besonderheit**: Seit der Föderalismusreform 2006 darf der Bund Gemeinden und Gemeindeverbänden grundsätzlich **keine Aufgaben direkt übertragen**. Das geschieht über die Länder. Art. 84 Abs. 1 GG sagt ausdrücklich: „Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden.“ Gesetze im Internet

Damit lässt sich die Verantwortlichkeit ziemlich gut auseinandernehmen.

1. Zunächst das Grundproblem

Die Kommunen hatten 2025:

- **391,4 Mrd. € Einnahmen**
- **423,3 Mrd. € Ausgaben**
- daraus **–31,9 Mrd. € Finanzierungssaldo**

Das Defizit entspricht damit etwa **7,5 % der gesamten kommunalen Ausgaben**. 2024 waren es bereits –24,8 Mrd. €. Destatis

Entscheidend ist aber die Frage:

Welche Ausgaben können die Kommunen überhaupt selbst beeinflussen?

Dazu würde ich drei Gruppen unterscheiden.

---

2. Drei Arten kommunaler Ausgaben

Kategorie	Beispiele	Einfluss der Kommune
A. Pflichtaufgaben	Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Unterkunftskosten, bestimmte Verwaltungsaufgaben	gering
B. Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum	Schulen, Kitas, Feuerwehr, ÖPNV, Bauverwaltung, Straßen	mittel
C. Freiwillige Aufgaben	Kultur, Schwimmbäder, Bibliotheken, Sportförderung, freiwillige Jugendangebote, Grünanlagen	relativ groß

Und genau hier liegt ein Kernproblem der gegenwärtigen Krise:

Die besonders dynamisch wachsenden Ausgaben liegen überwiegend in Kategorie A.

Das bedeutet: Eine Kommune kann nicht einfach beschließen:

> „Wir haben kein Geld mehr, deshalb reduzieren wir die Eingliederungshilfe um 20 %."

Sie muss die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen grundsätzlich erbringen.

---

3. Besonders wichtig: die Sozialausgaben

Hier liegt der stärkste strukturelle Druck.

Die kommunalen Bruttoausgaben für soziale Leistungen stiegen:

2015: 53,4 Mrd. €
2024: 84,5 Mrd. €

Und gerade in der aktuellen Krisenphase beschleunigte sich das Wachstum:

- 2022: deutlicher Wiederanstieg
- 2023: **+12,5 %**
- 2024: **+11,8 %**

Besonders stark stiegen 2024 die Ausgaben für

- Kinder- und Jugendhilfe: **+17,1 %**
- Eingliederungshilfe: **+13,6 %**. Bundesfinanzministerium

Das ist für die Ursachenanalyse ausgesprochen wichtig.

Die kommunale Finanzkrise ist deshalb nicht primär eine Krise der kommunalen Ausgaben für Schwimmbäder, Theater oder Grünanlagen.

Sie entsteht wesentlich bei **gesetzlich gebundenen Sozialleistungen**.

---

4. Wer entscheidet über diese Sozialausgaben?

Hier wird die Sache kompliziert.

Die wesentlichen gesetzlichen Grundlagen – etwa SGB II, SGB VIII, SGB IX, SGB XII – werden **auf Bundesebene** beschlossen.

Aber:

Die konkrete Zuständigkeit und Finanzierung ist föderal verteilt.

Die Kommunen führen viele dieser Aufgaben aus bzw. tragen Kosten, während Bund und Länder an anderer Stelle finanzieren oder sich beteiligen.

Ein besonders gutes Beispiel ist die Grundsicherung im Alter.

Seit 2014 übernimmt der Bund die **Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig**. 2024 waren das rund **11,1 Mrd. €**. Bundesfinanzministerium

Das zeigt:

> Der Bund kann durchaus Kosten, die bei Kommunen entstehen, vollständig oder teilweise übernehmen.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht nur:

„Wer hat das Gesetz gemacht?“

sondern:

„Wer trägt am Ende die zusätzlichen Kosten?“

---

5. Das Grundproblem der deutschen Finanzverfassung

Hier kommt die besondere Rolle der Länder ins Spiel.

Das Bundesfinanzministerium formuliert es ziemlich eindeutig:

> Die Kommunen sind staatsorganisationsrechtlich Teile der Länder.

Deshalb übertragen grundsätzlich **die Länder** staatliche Aufgaben auf die Kommunen und sind für eine **aufgabengerechte Finanzausstattung** ihrer Kommunen verantwortlich. Bundesfinanzministerium

Das wird auch durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestätigt.

Das BVerfG sagt ausdrücklich:

> Die Verpflichtung, den Kommunen erforderlichenfalls die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, trifft **zuvörderst die Länder**. Bundesverfassungsgericht

Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

---

6. Deshalb ist die Verantwortlichkeit ungefähr so verteilt

Ich würde die Verantwortung für die gegenwärtige Situation in diesem Schema darstellen:

Bund

entscheidet maßgeblich über:

- Sozialgesetzgebung
- Leistungsansprüche
- Regelsätze
- Eingliederungshilfe
- Jugendhilferecht
- Pflege- und Gesundheitsrecht
- Standards und Rechtsansprüche

aber: Der Bund darf den Kommunen seit 2006 Aufgaben grundsätzlich nicht unmittelbar übertragen.

Verantwortung:
➡ **hoch bei der Entstehung vieler Kosten**, aber nicht allein für deren kommunale Finanzierung.

Länder

entscheiden maßgeblich über:

- welche Aufgaben Kommunen tatsächlich übernehmen
- kommunale Finanzausgleichssysteme
- Höhe und Struktur der Schlüsselzuweisungen
- kommunale Beteiligung an Landessteuern
- konkrete Finanzierung vieler Pflichtaufgaben
- kommunales Haushaltsrecht
- teilweise Standards und Ausführungsbestimmungen

Verantwortung:
➡ **sehr hoch für die tatsächliche finanzielle Ausstattung der Kommunen.**

Das ist verfassungsrechtlich besonders wichtig.

Das BVerfG hat 2026 nochmals bestätigt, dass die Länder für eine ausreichende kommunale Finanzausstattung grundsätzlich besonders in der Verantwortung stehen. Bundesverfassungsgericht

---

Kommunen

Sie entscheiden selbst über:

- freiwillige Leistungen
- Personalumfang innerhalb ihres Gestaltungsspielraums
- Investitionen
- lokale Infrastruktur
- Gebühren
- Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten
- Prioritäten innerhalb des Haushalts

Verantwortung:
➡ real vorhanden, aber bei den dynamischsten Ausgaben deutlich begrenzter.

---

7. Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: das Konnexitätsprinzip

Das Prinzip lautet vereinfacht:

> **Wer eine Aufgabe veranlasst, soll auch für ihre Finanzierung aufkommen.**

Aber Deutschland hat hier **kein einheitliches kommunales Konnexitätsprinzip auf Bundesebene**.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass Art. 104a GG das Verhältnis **Bund–Länder** regelt; die Kommunen werden in der Finanzverfassung grundsätzlich als Teil des jeweiligen Landes behandelt. Bundesverfassungsgericht

Nach der Föderalismusreform sollte deshalb die Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene grundsätzlich über die **Länder** laufen und deren jeweilige landesverfassungsrechtliche Konnexitätsregeln greifen. Bundesverfassungsgericht

Das führt zu einem bemerkenswerten Ergebnis:

Der häufige politische Satz

> „Der Bund bestellt, die Kommunen bezahlen."

ist **als Beschreibung der politischen Wirkung teilweise richtig, aber verfassungsrechtlich zu simpel.**

Die korrektere Kette lautet:

Bund beschließt Sozialrecht

↓

Land setzt es um / überträgt Vollzugsaufgaben

↓

Kommune erbringt die Leistung

↓

Land muss grundsätzlich für eine angemessene kommunale Finanzausstattung sorgen

↓

Bund beteiligt sich bei bestimmten Leistungen zusätzlich finanziell

Das Problem entsteht dann, wenn die **Kosten schneller steigen als die Finanzierungssysteme nachgeführt werden**.

---

8. Und genau das scheint derzeit zu passieren

Hier wird die Argumentation der kommunalen Spitzenverbände interessant.

Sie sagen ausdrücklich:

> Die Kommunen hätten **nicht primär ein Einnahmenproblem**, sondern ein Ausgabenproblem, auf das sie selbst kaum Einfluss hätten.

Der Deutsche Städtetag, Deutsche Landkreistag und Deutsche Städte- und Gemeindebund haben das im April 2026 gemeinsam so formuliert. Als besonders problematisch nennen sie **Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Hilfe zur Pflege**. Staedtetag.de

Das ist durchaus plausibel, wenn man die Zahlen betrachtet. Denn gleichzeitig gilt:

2025

Einnahmen: **+4,1 %**
Ausgaben: **+5,6 %**

→ Defizit: **31,9 Mrd. €**. Destatis

Die Einnahmen steigen also durchaus kräftig.

Nur nicht kräftig genug, um die Ausgabenentwicklung zu kompensieren.

---

9. Aber man muss den Kommunen auch widersprechen

Hier würde ich einen wichtigen Vorbehalt machen.

Die Kommunen bzw. ihre Spitzenverbände haben ein starkes Eigeninteresse daran, die Ursache vor allem bei Bund und Ländern zu sehen.

Und tatsächlich gibt es **auch kommunale Ausgabentreiber**, die nicht vollständig fremdbestimmt sind.

Zum Beispiel:

- Personal
- Verwaltung
- freiwillige Leistungen
- Investitionen
- kommunale Unternehmen
- teilweise Standards bei Einrichtungen
- lokale Infrastrukturentscheidungen.

Außerdem sind die Kommunen **nicht völlig machtlos auf der Einnahmeseite**.

Sie verfügen insbesondere über:

- Gewerbesteuer
- Grundsteuer
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer
- Gebühren
- Beiträge
- kommunale Abgaben.

2025 lagen die kommunalen Steuereinnahmen insgesamt bei **136,5 Mrd. €**. Destatis

---

10. Aber: Die Steuerautonomie ist begrenzt

Das wird häufig unterschätzt.

Die Kommunen können zwar beispielsweise ihren **Gewerbesteuerhebesatz** oder **Grundsteuerhebesatz** verändern.

Aber sie können nicht einfach sagen:

> „Wir brauchen 500 Mio. € mehr, deshalb erhöhen wir alle Steuern entsprechend."

Denn hohe Hebesätze können:

- Unternehmen vertreiben bzw. Ansiedlungen erschweren,
- Bürger belasten,
- politisch kaum durchsetzbar sein,
- und strukturschwache Kommunen besonders hart treffen.

Außerdem sind die Steuereinnahmen stark konjunkturabhängig.

Das sieht man gerade an der Gewerbesteuer:

2025 nur +1,0 %. Destatis

---

11. Was ist also die faire Gesamtbewertung?

Wenn man die verschiedenen Verantwortungsbereiche zusammenführt, würde ich es momentan so formulieren:

Ursache	Bedeutung für aktuelle Krise	Wer kann sie beeinflussen?
Stark steigende Sozialausgaben	**sehr hoch**	vor allem Bund + Länder
Eingliederungshilfe/	**sehr hoch**	Bund + Länder

Ursache	Bedeutung für aktuelle Krise	Wer kann sie beeinflussen?
Jugendhilfe/Pflege		
Inflation/Kostensteigerungen	**hoch**	kaum kommunal steuerbar
Schwaches Wirtschaftswachstum	**mittel–hoch**	Bund/Länder/Wirtschaftspolitik
Personal-/Sachkosten	**hoch**	teilweise Kommunen
Zinsausgaben	zunehmend	teilweise Kommunen
Steuereinnahmen wachsen zu langsam	**hoch**	teilweise konjunkturell, teilweise Bund/Länder
Kommunale Investitionen	**nicht Hauptursache des Defizits**	Kommunen
Freiwillige Leistungen	**Folgeproblem, nicht Hauptursache**	Kommunen

Mein Zwischenfazit (ChatGPT):

Die aktuelle kommunale Finanzkrise ist überwiegend eine Ausgaben- und weniger eine Einnahmekrise.

Und innerhalb der Ausgaben sind **gesetzlich gebundene Sozialleistungen** der wichtigste strukturelle Problembereich.

Damit liegt die Hauptverantwortung **nicht bei den einzelnen Kommunen**.

Aber ebenso falsch wäre es, allein den Bund verantwortlich zu machen.

Der Bund bestimmt wesentliche Leistungsrechte und Sozialstandards; die Länder sind primär für die aufgabengerechte Finanzausstattung ihrer Kommunen verantwortlich.

---

12. Besonders interessant: Der Bund unterstützt die Kommunen durchaus erheblich

Das sollte man in einer seriösen Darstellung unbedingt berücksichtigen.

Der Bund nennt unter anderem:

- dauerhaft **5 Mrd. € jährliche Entlastung** seit 2018,
- davon 2,4 Mrd. € zusätzliche Umsatzsteueranteile der Gemeinden,
- 1,6 Mrd. € höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft,
- 1 Mrd. € zusätzliche Umsatzsteueranteile der Länder,
- vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter,
- 2024 rund **12,36 Mrd. € Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten**,
- zahlreiche Investitionsprogramme. Bundesfinanzministerium

Und 2025 wurde darüber hinaus das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität geschaffen, aus dem **100 Mrd. € für Länder und Kommunen** vorgesehen sind. Bundesfinanzministerium

Das relativiert die These einer schlichten „Aushungerung der Kommunen durch den Bund“.

---

13. Trotzdem bleibt ein strukturelles Problem

Denn viele dieser Bundesmittel sind **zweckgebunden oder projektbezogen**.

Was den Kommunen heute besonders fehlt, ist dagegen **dauerhaft frei verfügbarer finanzieller Spielraum**.

Das ist ein wichtiger Unterschied:

100 Mio. € für Schulen bauen helfen nicht unbedingt einer Kommune, die gleichzeitig **20 Mio. € zusätzliche jährliche Sozialausgaben** finanzieren muss.

Deshalb kann eine Kommune gleichzeitig

> **hohe Investitionszuschüsse bekommen**

und

> **einen strukturell unausgeglichenen laufenden Haushalt haben.**

Das ist einer der Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Situation.

---

14. Meine Schlussfolgerung

Ich würde die Ursachen der heutigen kommunalen Schieflage daher in dieser Reihenfolge gewichten:

1. Explosionsartige Entwicklung bestimmter Pflicht- und Sozialausgaben
↓
2. Länder finanzieren ihre Kommunen nicht überall ausreichend entsprechend dieser Aufgabenlast
↓
3. Bund verursacht durch Bundesgesetzgebung wesentliche Kostenentwicklungen, übernimmt aber nur bei bestimmten Leistungen die Kosten vollständig
↓
4. Inflation, Personal- und Sachkosten verschärfen die Situation
↓
5. Schwaches Wirtschaftswachstum bremst insbesondere Gewerbesteuereinnahmen
↓
6. Kommunen reagieren zunächst mit Kürzungen bei freiwilligen Leistungen und Investitionen
↓
7. Dadurch entsteht der inzwischen enorme Investitionsrückstand.

Und genau an diesem Punkt wird die Sache politisch sehr interessant: **Die Kommunen können die Pflichtausgaben kaum reduzieren – und gleichzeitig werden ihnen die freiwilligen Leistungen und Investitionen als erstes gestrichen.**

Das erklärt auch, warum der Investitionsrückstand trotz **steigender kommunaler Investitionsausgaben** weiter wächst.

*Wenn Sie möchten, würde ich als **nächsten Schritt** noch eine Ebene tiefer gehen und die **Sozialausgaben von 2020 bis 2025 nach den einzelnen großen Blöcken** (Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Unterkunft/Bürgergeld, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung usw.) grafisch darstellen. **Das dürfte für die Frage „Wer verursacht eigentlich den Kostenanstieg?“ besonders aufschlussreich sein.***

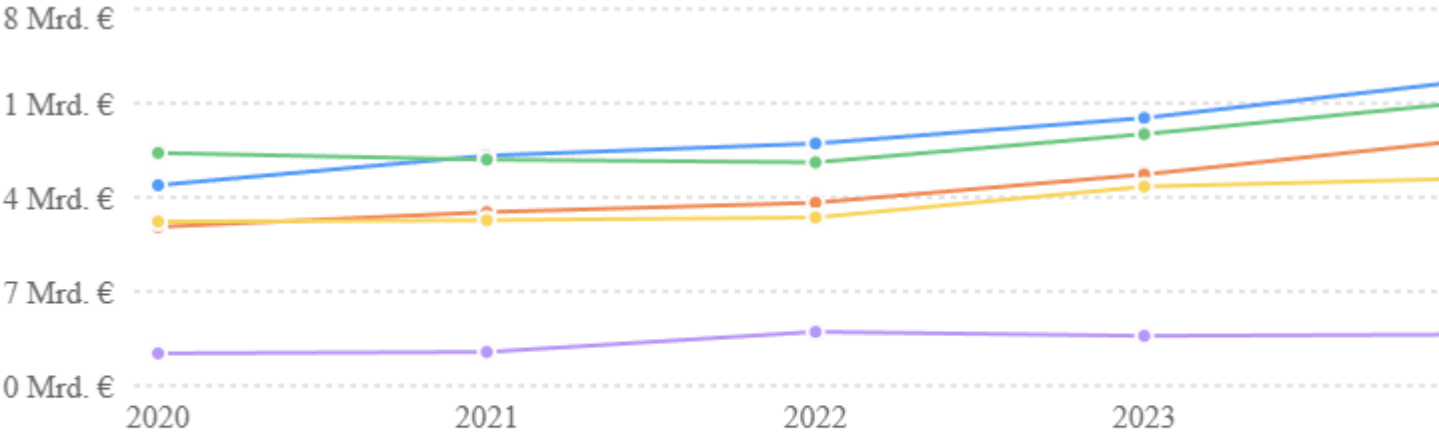
Ja, bitte, Wenn möglich auch gesondert oder anschließend getrennt darstellen, welchen Anteil an den Sozialkosten die Unterstützung der Ukrainer in Deutschland verursacht.

Ja. Ich habe die Zahlen noch einmal genauer geprüft. Dabei ist eine **wichtige Differenzierung** nötig: Die amtliche Statistik weist die kommunalen Sozialausgaben sehr gut nach Leistungsarten aus, **aber die Ukraine-Kosten werden seit dem Wechsel der ukrainischen Geflüchteten in das SGB II nicht mehr vollständig separat ausgewiesen**. Deshalb kann man ihren Anteil nicht einfach aus der kommunalen Sozialausgabenstatistik ablesen.

Ich würde deshalb in zwei Schritten vorgehen.

1. Welche Sozialausgaben treiben die kommunale Krise?

Die Entwicklung seit 2020 sieht so aus:
Kommunale Sozialausgaben nach Leistungsarten, 2020–2024
Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Stadtstaaten; Ausgaben in Mrd. Euro. Die fünf wichtigsten Blöcke sind dargestellt.



- Eingliederungshilfe (SGB IX)
- Sozialhilfe (SGB XII)
- Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)
- SGB II / Bürgergeld
- Asylbewerberleistungsgesetz

Year	Eingliederung	Sozialhilfe	Jugendhilfe	Sgb2	Asyl
2020	14.9	17.3	11.8	12.2	2.4
2021	17.1	16.8	12.9	12.3	2.5
2022	18	16.6	13.6	12.5	4
2023	19.9	18.7	15.7	14.8	3.7
2024	22.7	21.1	18.3	15.4	3.8

Quelle: Statistisches Bundesamt. 2024 sind die zuletzt vollständig verfügbaren Jahreswerte in dieser Differenzierung.

Die Größenordnung ist sehr aufschlussreich.

Die **gesamten kommunalen Sozialausgaben** stiegen von
64,8 Mrd. € (2021)
auf **68,0 Mrd. € (2022)**
auf **76,0 Mrd. € (2023)**
auf **84,5 Mrd. € (2024)**.

Allein **2023 und 2024 zusammen** kamen also rund **16,5 Mrd. €** hinzu. Destatis

Die vier großen Blöcke 2024

Leistungsbereich	2024	Anteil an Sozialausgaben
Eingliederungshilfe SGB IX	**22,7 Mrd. €**	26,9 %
Sozialhilfe SGB XII	**21,1 Mrd. €**	25,0 %
Kinder- und Jugendhilfe SGB VIII	**18,3 Mrd. €**	21,7 %
SGB II/Bürgergeld inkl. kommunaler Leistungen	**15,4 Mrd. €**	18,2 %
Asylbewerberleistungsgesetz	**3,8 Mrd. €**	4,5 %

Damit haben wir bereits einen wichtigen Befund:

> **Die drei größten kommunalen Sozialausgaben – Eingliederungshilfe, Sozialhilfe sowie Kinder- und Jugendhilfe – haben mit den ukrainischen Flüchtlingen praktisch nichts oder nur sehr indirekt zu tun.**

Das ist für die Beurteilung der aktuellen kommunalen Finanzkrise außerordentlich wichtig.

---

2. Was hat sich 2023/24 besonders stark verteuert?

Hier wird es noch deutlicher. Von 2023 auf 2024:

- Eingliederungshilfe: **+2,7 Mrd. € / +13,6 %**
- Kinder- und Jugendhilfe: **+2,7 Mrd. € / +17,1 %**
- Sozialhilfe: **+2,3 Mrd. € / +12,4 %**
- SGB II: **+0,6 Mrd. € / +4,4 %**
- Asylbewerberleistungen: **+0,1 Mrd. € / +3,3 %** Destatis

Das heißt:

Von den 8,9 Mrd. € zusätzlichen kommunalen Sozialausgaben 2024 entfallen allein etwa 7,7 Mrd. € auf Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Sozialhilfe.

Das sind rund **87 % des gesamten Zuwachses**.

Das bestätigt übrigens auch eine aktuelle wissenschaftliche Analyse: Für den Anstieg 2023/24 entfielen fast **94 % des Aufwuchses im Sozialbereich** auf Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Sozialhilfe. Springer Nature Link

Das ist ein sehr wichtiger Befund:

Die Explosion der kommunalen Sozialausgaben 2023/24 ist ganz überwiegend kein Ukraine-Effekt.

---

3. Und nun zur Ukraine

Hier müssen wir etwas aufpassen.

Bis Mai 2022 wurden ukrainische Geflüchtete grundsätzlich über das **Asylbewerberleistungsgesetz** versorgt. Deshalb sehen wir 2022 zunächst den starken Anstieg:

Asylbewerberleistungen

2021: **2,5 Mrd. €**
2022: **4,0 Mrd. €**

+1,5 Mrd. € bzw. **+61 %**. Destatis

Destatis sagt ausdrücklich, dass dieser starke Anstieg im ersten Halbjahr 2022 **unter anderem durch die Schutzsuchenden aus der Ukraine verursacht wurde**. Destatis

Aber ab **1. Juni 2022** änderte sich die Situation:

Ukrainische Geflüchtete erhielten bei Bedürftigkeit Zugang zu **SGB II bzw. SGB XII**.

Damit verschwinden sie statistisch weitgehend aus dem separaten Posten „Asylbewerberleistungen“ und tauchen stattdessen im normalen Bürgergeld-/Sozialhilfesystem auf. Destatis

---

4. Wie groß sind die Ukraine-Kosten tatsächlich?

Hier kann man eine interessante Rechnung machen.

Für 2023 lagen nach Angaben der Bundesregierung etwa **704.000 ukrainische Staatsangehörige im Bürgergeldbezug**. Die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft lagen bei etwa **236 € pro Monat**. DServer Bundestag

Das allein ergibt überschlägig:

704.000 × 236 € × 12 = ca. 2,0 Mrd. € Unterkunftskosten

für diese Gruppe.

Aber:

Das ist **nicht die gesamte Leistung**. Dazu kommen insbesondere Regelbedarf, Krankenversicherung, Mehrbedarfe, Arbeitsmarktintegration usw.

Für die Kommunen ist allerdings wichtig:

Der Bund übernimmt einen erheblichen Teil.

Bei anerkannten ukrainischen Geflüchteten übernimmt der Bund **100 % der Lebensunterhaltsleistungen nach SGB II/SGB XII**. Bei den Unterkunftskosten beteiligt er sich für SGB-II-Beziehende mit bis zu **75 %**. Bundesfinanzministerium

Deshalb wäre es **falsch**, die gesamten Bürgergeldkosten ukrainischer Geflüchteter als kommunale Belastung zu bezeichnen.

---

5. Es gibt aber eine andere, durchaus erhebliche kommunale Belastung

Die kommunalen Kosten umfassen beispielsweise:

- Unterkunft und Heizung,
- Kinderbetreuung,
- Schulen,
- Jugendhilfe,
- Gesundheitsversorgung,
- Verwaltung,
- Integration,
- teilweise Unterbringung,
- Infrastruktur.

Und hier ist die Datenlage deutlich schlechter.

Die Bundesregierung weist selbst darauf hin, dass zahlreiche flüchtlingsbedingte Kosten **nicht sauber nach Nationalität bzw. Herkunft getrennt werden können**.

Das bedeutet:

> **Eine seriöse Zahl „Die Ukraine-Flüchtlinge verursachen X % der kommunalen Sozialausgaben“ existiert nicht.**

Man sollte deshalb sehr vorsichtig mit Zahlen umgehen, die einen solchen exakten Anteil behaupten.

---

6. Eine Größenordnung lässt sich aber bestimmen

Interessant ist eine Angabe aus dem Bundestag:

Dort wird – unter Berufung auf den Deutschen Landkreistag – für 2024 von **mehr als 8 Mrd. € kommunaler Ebene für Bürgergeld an ukrainische Geflüchtete** gesprochen. DServer Bundestag

Diese Zahl muss man allerdings **sehr sorgfältig einordnen**.

Denn sie steht im politischen Kontext einer Bundestagsdrucksache und ist **keine unmittelbar von Destatis ausgewiesene kommunale Kostenposition**.

Vor allem darf man daraus nicht folgern:

> „8 Mrd. € Ukraine-Bürgergeld = 8 Mrd. € zusätzliche kommunale Belastung.“

Das wäre falsch, weil der Bund einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt.

---

7. Der vielleicht wichtigste Vergleich

Schauen wir deshalb auf die **kommunalen Sozialausgaben insgesamt**:

2024

84,5 Mrd. €

Davon:

22,7 Mrd. € Eingliederungshilfe
21,1 Mrd. € Sozialhilfe
18,3 Mrd. € Jugendhilfe
15,4 Mrd. € SGB II
3,8 Mrd. € Asylbewerberleistungen Destatis

Selbst wenn man die **gesamten 15,4 Mrd. € SGB-II-Leistungen** hypothetisch den Bürgergeldempfängern zurechnen würde, wäre das bereits eine Überschätzung des Ukraine-Effekts – denn der weitaus größere Teil der SGB-II-Empfänger ist **nicht ukrainisch**.

Und selbst bei den 3,8 Mrd. € Asylbewerberleistungen sind ukrainische Geflüchtete seit Mitte 2022 nicht mehr der Hauptweg der Finanzierung.

---

8. Was bedeutet das für unsere ursprüngliche Frage?

Ich würde unsere bisherige Analyse deshalb jetzt **etwas korrigieren bzw. präzisieren**:

Der Ukraine-Effekt ist real und relevant.

Vor allem **2022/23** hat die Aufnahme von über einer Million ukrainischer Geflüchteter die kommunalen Haushalte zusätzlich belastet.

Aber:

Er ist nicht die Hauptursache der heutigen kommunalen Finanzkrise.

Denn die stärksten Ausgabenzuwächse liegen gerade bei:

- **Eingliederungshilfe**
- **Kinder- und Jugendhilfe**
- **Sozialhilfe**

Und diese drei Bereiche machten 2024 zusammen bereits **62,1 Mrd. €** bzw. rund **73 % sämtlicher kommunaler Sozialausgaben** aus. Destatis

---

9. Und hier wird die Sache für die Ursachenanalyse richtig interessant

Wir können jetzt die Frage sehr viel präziser formulieren:

> **Was hat zwischen 2022 und 2025 die Kosten für Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und Sozialhilfe so stark steigen lassen?**

Denn allein diese drei Bereiche erklären **weitaus mehr vom kommunalen Ausgabenproblem als die Ukraine**.

Bei der Eingliederungshilfe beispielsweise spielen die Reform des Bundesteilhabegesetzes, steigende Fallzahlen, höhere Vergütungen und Personal-/Tarifkosten eine Rolle.

Bei der Jugendhilfe kommen unter anderem steigende Fallzahlen, höhere Personalkosten und die Reform des Kinder- und Jugendhilferechts hinzu.

Bei der Sozialhilfe wirken höhere Regelsätze, steigende Unterkunfts- und Pflegekosten sowie demografische Faktoren.

Das wäre aus meiner Sicht der nächste wirklich lohnende Schritt: *Ich kann für Sie die* ***+20,5 Mrd. € zusätzlichen kommunalen Sozialausgaben zwischen 2021 und 2024*** *(64,0/64,8 → 84,5 Mrd. €)* ***quantitativ zerlegen*** *und zeigen, wie viel davon auf*

1. ***Eingliederungshilfe****,*
2. ***Kinder- und Jugendhilfe****,*
3. ***Sozialhilfe/Pflege****,*
4. ***Bürgergeld einschließlich Ukraine****,*
5. ***Asyl/Migration****,*
6. ***sonstige Faktoren***

entfällt.

Damit hätten wir eine ziemlich belastbare Antwort auf die eigentlich entscheidende Frage: ***„Was steckt hinter den 20 Mrd. € zusätzlicher Sozialausgaben – und welchen Anteil davon kann man tatsächlich der Ukraine zurechnen?“***
Ja, bitte

Ich habe die Zahlen jetzt so weit aufgeschlüsselt, dass man zwischen **den eigentlichen strukturellen Kostentreibern** und dem **Ukraine-Effekt** unterscheiden kann. Dabei muss ich eine kleine Korrektur zu meiner vorigen Antwort machen: Für die hier verwendete kommunale Finanzstatistik sind die Jahre **2022–2024** besonders sauber miteinander vergleichbar.

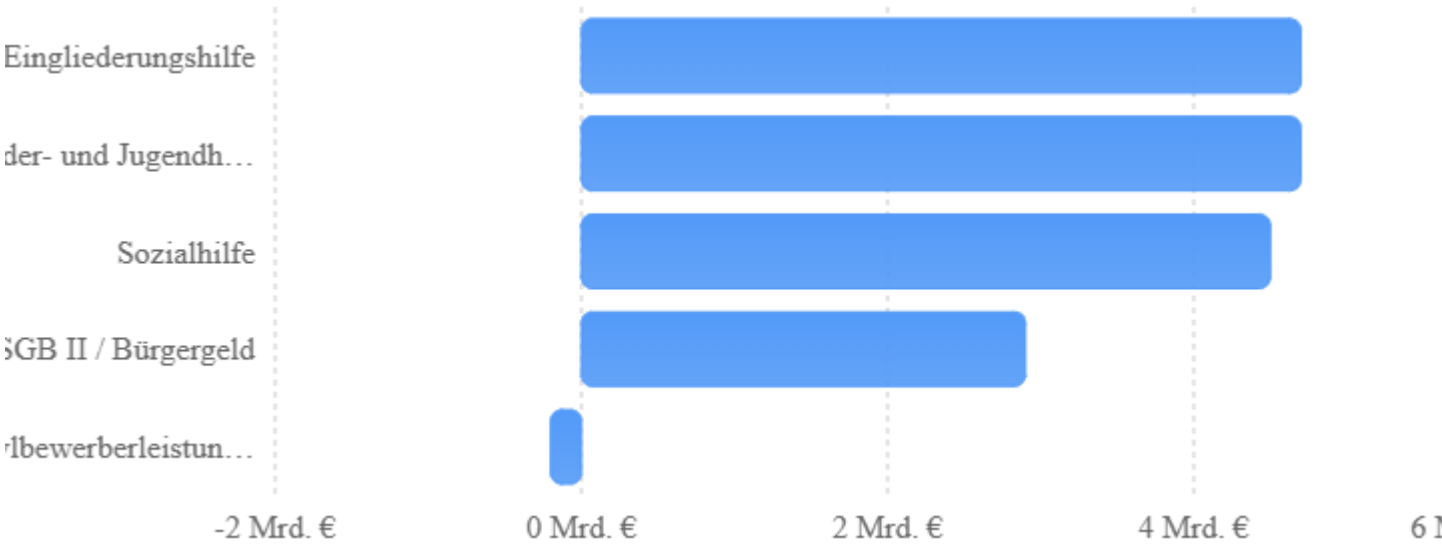
1. Woher kommen die zusätzlichen rund 16,5 Mrd. €?

Die kommunalen Sozialausgaben stiegen von **68,0 Mrd. € 2022 auf 84,5 Mrd. € 2024** – also um **16,5 Mrd. € bzw. 24 %**. Destatis

Die Aufteilung ist bemerkenswert:

Woher kamen die zusätzlichen kommunalen Sozialausgaben 2022–2024?

Zuwachs der kommunalen Sozialausgaben nach Leistungsbereichen, in Mrd. Euro. Die fünf dargestellten Bereiche erklären praktisch den gesamten Anstieg von 16,5 Mrd. Euro.



Bereich	Zuwachs
Eingliederungshilfe	4.7
Kinder- und Jugendhilfe	4.7
Sozialhilfe	4.5
SGB II / Bürgergeld	2.9
Asylbewerberleistungen	-0.2

Berechnet aus den amtlichen Destatis-Jahreswerten 2022 und 2024.

Das ist meines Erachtens der **wichtigste Befund unserer gesamten bisherigen Untersuchung**:

Von den 16,5 Mrd. € Mehrausgaben entfallen

- **4,7 Mrd. € auf Eingliederungshilfe**
- **4,7 Mrd. € auf Kinder- und Jugendhilfe**
- **4,5 Mrd. € auf Sozialhilfe**
- **2,9 Mrd. € auf SGB II**
- **–0,2 Mrd. € auf Asylbewerberleistungen**

Damit erklären **Eingliederungshilfe + Jugendhilfe + Sozialhilfe zusammen 13,9 Mrd. € bzw. rund 84 % des gesamten Anstiegs**.

Das ist eine ziemlich klare quantitative Antwort auf die Frage nach dem Haupttreiber.

---

2. Noch deutlicher wird es bei 2023 → 2024

Allein **2024** stiegen die kommunalen Sozialausgaben um **8,9 Mrd. €**. Davon entfielen auf:

Bereich	Mehrausgaben 2024	Anteil am Zuwachs
Eingliederungshilfe	+2,7 Mrd. €	**30 %**
Kinder-/Jugendhilfe	+2,7 Mrd. €	**30 %**
Sozialhilfe	+2,3 Mrd. €	**26 %**

Bereich	Mehrausgaben 2024	Anteil am Zuwachs
SGB II	+0,6 Mrd. €	7 %
Asylbewerberleistungen	+0,1 Mrd. €	1 %
Summe	**+8,4 Mrd. €**	**94 %**

Die kleine Differenz zur Gesamtsumme von 8,9 Mrd. € kommt aus weiteren Sozialleistungspositionen.

Die Zahlen stammen direkt aus der Destatis-Aufschlüsselung. Destatis

Das ist außerordentlich aussagekräftig: Fast der gesamte Zuwachs 2024 konzentrierte sich auf drei Bereiche – und **keiner davon ist primär durch ukrainische Flüchtlinge verursacht.**

---

3. Was steckt hinter den drei großen Blöcken?

A. Eingliederungshilfe: +4,7 Mrd. € seit 2022

Die kommunalen Ausgaben stiegen:

2022: 18,0 Mrd. €
→ 2023: 19,9 Mrd. €
→ 2024: 22,7 Mrd. €

Das entspricht in zwei Jahren **+26 %**. Destatis

Hier geht es beispielsweise um:

- Unterstützung von Menschen mit Behinderungen,
- Wohnen,
- Teilhabe am Arbeitsleben,
- soziale Teilhabe,
- Leistungen für Kinder mit Behinderungen.

Interessant ist: Deutschlandweit erhielten 2024 rund **1,03 Millionen Menschen** Eingliederungshilfe; die Zahl stieg gegenüber 2023 um 1,2 %. Destatis

Die Ausgaben wachsen also erheblich stärker als die Zahl der Leistungsberechtigten.

Dahinter stehen insbesondere:

- höhere Vergütungen für Leistungserbringer,
- Personal- und Tarifkosten,
- steigende Kosten je Fall,
- Ausweitung bzw. Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes,
- bei Kindern teilweise zunehmende Fallzahlen.

Die **Eingliederungshilfe allein** ist damit ein größerer kommunaler Ausgabenblock als die gesamten Asylbewerberleistungen.

---

4. B. Kinder- und Jugendhilfe: +4,7 Mrd. €

Hier ist der Anstieg sogar noch stärker:

2022: 13,6 Mrd. €
→ 2023: 15,7 Mrd. €
→ 2024: 18,3 Mrd. €

Also:

+4,7 Mrd. € bzw. rund +35 %. Destatis

Und hier findet sich ein besonders interessanter struktureller Trend.

Die Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe insgesamt haben sich zwischen **2014 und 2024 auf 78,8 Mrd. € mehr als verdoppelt**, wenn man die gesamte Kinder- und Jugendhilfe betrachtet; allein die kommunale Abgrenzung in unserer obigen Tabelle ist natürlich eine andere Statistik. Destatis

Besonders stark steigen die Hilfen für Kinder und Jugendliche mit seelischen Behinderungen. Die entsprechenden Ausgaben haben sich innerhalb von zehn Jahren **mehr als verdreifacht**. Destatis

Auch 2024 nahm die Zahl der erzieherischen Hilfen und Eingliederungshilfen für junge Menschen um **4,7 %** zu; allein die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII stieg um **9,7 %**. Destatis

Das ist also ebenfalls ein **struktureller Trend**, nicht einfach eine Folge des Ukraine-Krieges.

---

5. C. Sozialhilfe: +4,5 Mrd. €

Hier muss man genauer hinschauen.

Die kommunalen Ausgaben nach SGB XII stiegen:

2022: 16,6 Mrd. €
→ 2023: 18,7 Mrd. €
→ 2024: 21,1 Mrd. €. Destatis

2024 betrug der Anstieg **12,4 %**.

Ein wichtiger Bestandteil ist die **Hilfe zur Pflege**. Deren Nettoausgaben stiegen bundesweit 2024 um **17,7 % auf 5,3 Mrd. €**. Destatis

Und hier liegt ein weiterer großer struktureller Faktor:

Demografie + Pflegekosten.

Das hat mit ukrainischen Geflüchteten praktisch nichts zu tun.

---

6. Jetzt zum Ukraine-Effekt

Hier müssen wir zwischen **2022** und **2023/24** unterscheiden.

2022 war der Effekt eindeutig sichtbar.

Die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stiegen von

2,5 Mrd. € (2021)

auf

4,0 Mrd. € (2022).

Das waren **+1,5 Mrd. € bzw. +61 %**.

Destatis führt ausdrücklich an, dass die Entwicklung insbesondere im ersten Halbjahr 2022 durch die Ausgaben für Schutzsuchende aus der Ukraine beschleunigt wurde. Destatis

Aber dann kam der entscheidende **Rechtskreiswechsel zum 1. Juni 2022**.

Ukrainische Geflüchtete wechselten bei entsprechender Bedürftigkeit vom Asylbewerberleistungsgesetz in **SGB II bzw. SGB XII**. Destatis

Und damit verschwindet der Ukraine-Effekt aus der separaten Statistik.

---

7. Deshalb kann man die Ukraine-Kosten nicht einfach aus der Statistik ablesen

Das ist für eine seriöse Diskussion sehr wichtig.

Nehmen wir 2024:

SGB-II-Leistungen der Kommunen: 15,4 Mrd. €

Darin befinden sich ukrainische Leistungsberechtigte.

Aber eben auch Millionen andere Bürgergeldbezieher.

Gleichzeitig enthalten Sozialhilfe und Jugendhilfe ebenfalls möglicherweise ukrainische Empfänger.

Eine amtliche Zahl „davon X Mrd. € Ukraine“ gibt es für die kommunalen Gesamtausgaben nicht.

---

8. Wir können aber eine wichtige Größenordnung bestimmen

2023 gab es rund **704.000 ukrainische Regelleistungsberechtigte im Bürgergeld**.

Die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft betrugen **236 € pro Monat**. DServer Bundestag

Das ergibt überschlägig:

704.000 × 236 € × 12 = 2,0 Mrd. €

an Unterkunftskosten. Und genau diese Kosten sind für die Kommunen relevant.

Allerdings übernimmt der Bund einen erheblichen Teil davon.

2024 betrugen die kommunalen SGB-II-Ausgaben für Unterkunft und Heizung insgesamt **14,6 Mrd. €**; davon wurden **10,0 Mrd. € vom Bund ersetzt**. Destatis

Die kommunale Netto-Belastung bei den Unterkunftskosten lag somit insgesamt bei etwa:

4,6 Mrd. €

---

9. Eine interessante Zahl des Landkreistages

Der Deutsche Landkreistag kommt allerdings zu einer wesentlich höheren Größenordnung und beziffert die kommunalen Kosten für die Unterkunft ukrainischer Geflüchteter für **2024 auf 3,41 Mrd. €**. Deutscher Landkreistag (DLT)

Das ist eine **politische Verbandsangabe**, keine direkt von Destatis ausgewiesene Position.

Aber sie passt grundsätzlich zu unserer Rechnung:

Die Ukraine ist bei den **kommunal finanzierten Unterkunftskosten** inzwischen durchaus ein bedeutender Faktor.

3,41 Mrd. € entsprechen ungefähr

23 % der gesamten kommunalen SGB-II-Kosten für Unterkunft und Heizung (14,6 Mrd. €).

Das ist also **nicht unwichtig**.

---

10. Aber jetzt kommt der entscheidende Vergleich

Vergleichen wir einmal die Größenordnungen:

Mehrausgaben 2022 → 2024

Eingliederungshilfe: +4,7 Mrd. €
Jugendhilfe: +4,7 Mrd. €
Sozialhilfe: +4,5 Mrd. €

zusammen:

+13,9 Mrd. €

Demgegenüber stehen die **3,4 Mrd. € kommunalen Unterkunftskosten für ukrainische Geflüchtete 2024**.

Und diese 3,4 Mrd. € sind **kein jährlicher Mehraufwand gegenüber 2022**, sondern der gesamte 2024er Aufwand für diesen Teilbereich.

Das ist ein ganz entscheidender Unterschied.

---

11. Meine quantitative Einschätzung des Ukraine-Effekts

Ich würde es deshalb so formulieren:

> **Die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge hat die kommunalen Haushalte erheblich belastet, insbesondere bei Unterkunft, Betreuung und Verwaltung. Sie erklärt aber nicht die grundlegende Explosion der kommunalen Sozialausgaben seit 2022.**

Für die **+16,5 Mrd. € Sozialausgaben 2022–2024** können wir ziemlich sicher sagen:

Rund 84 % des Zuwachses entfielen auf drei Bereiche:

- Eingliederungshilfe
- Kinder- und Jugendhilfe
- Sozialhilfe

Diese drei Bereiche sind **nicht durch den Ukraine-Zuzug dominiert**.

Der Ukraine-Effekt steckt dagegen vor allem im **SGB II / Unterkunft**, und 2022 vorübergehend auch im Asylbewerberleistungsgesetz.

---

12. Eine wichtige Korrektur gegenüber einer häufigen politischen Darstellung

Es wäre deshalb **nicht korrekt**, zu sagen:

> „Die kommunale Finanzkrise ist hauptsächlich durch die Kosten der ukrainischen Flüchtlinge entstanden.“

Dafür sind die Größenordnungen zu eindeutig.

Ebenso wäre aber die Gegenposition falsch:

> „Die Ukraine spielt bei den kommunalen Finanzen überhaupt keine Rolle.“

Auch das stimmt nicht.

Die richtige Aussage ist vielmehr:

Ukraine = erheblicher zusätzlicher Kostenfaktor

aber nicht Hauptursache des strukturellen Sozialausgabenproblems.

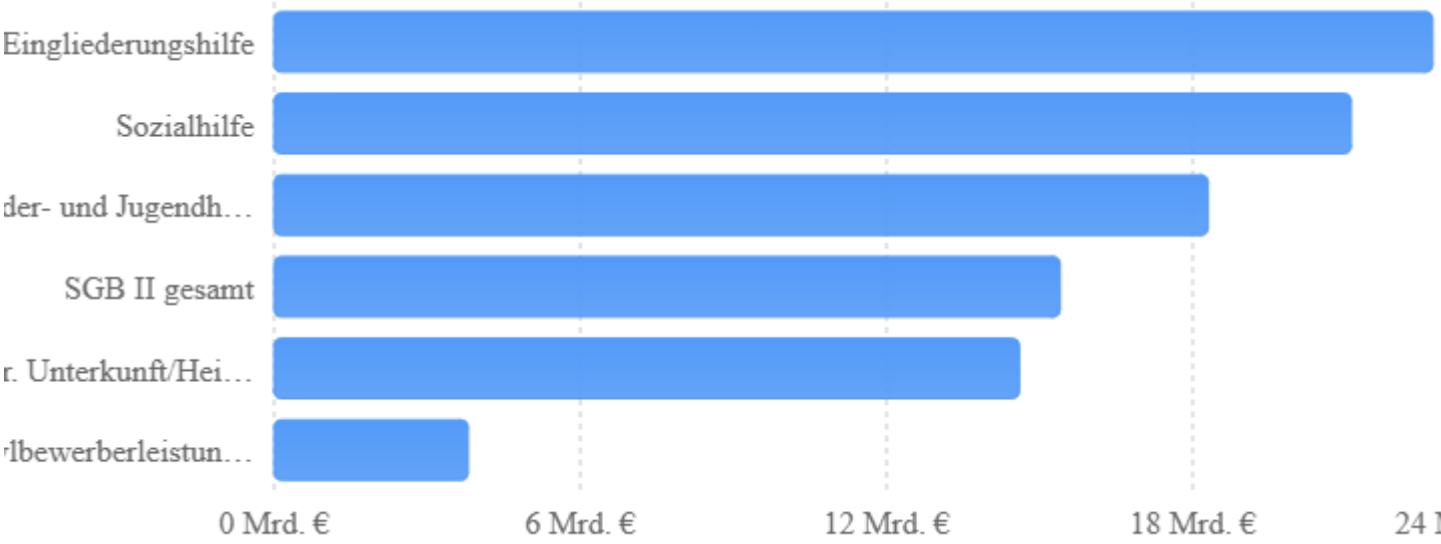
---

13. Das Gesamtbild

Ich würde unsere bisherige Untersuchung inzwischen so zusammenfassen:

Kommunale Sozialausgaben: Größenordnung der Hauptblöcke 2024

Die drei strukturell besonders dynamischen Bereiche dominieren die kommunalen Sozialausgaben. Zum Vergleich ist der kommunale Aufwand für Unterkunft und Heizung im SGB II dargestellt.



Bereich	Ausgaben
Eingliederungshilfe	22.7
Sozialhilfe	21.1
Kinder- und Jugendhilfe	18.3
SGB II gesamt	15.4
dar. Unterkunft/Heizung	14.6
Asylbewerberleistungen	3.8

2024; kommunale Kernhaushalte. Unterkunft und Heizung ist nur ein Teil der SGB-II-Ausgaben und nicht identisch mit Ukraine-Kosten.

Damit haben wir jetzt einen ziemlich klaren Befund:

> Die aktuelle kommunale Finanzkrise wird sozialausgabenseitig vor allem durch **Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Sozialhilfe/Pflege sowie die Kostensteigerungen im SGB II** getrieben. Der Ukraine-Effekt ist relevant, aber er ist **nicht der dominante Treiber** der seit 2022 entstandenen strukturellen Lücke.

Ein weiterer Punkt ist dabei besonders spannend: **Bei der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe trägt der Bund teilweise erhebliche Kosten – beispielsweise übernimmt er die Grundsicherung im Alter vollständig.** Die kommunale Bruttoausgabe ist deshalb nicht dasselbe wie die tatsächliche kommunale Nettobelastung. Destatis

Als nächsten Schritt würde ich deshalb genau diese Nettobelastung untersuchen: *Für jeden der großen Sozialleistungsblöcke* ***Bruttoausgabe – Bundeserstattung – Länderfinanzausgleich = tatsächliche kommunale Belastung****. Das wäre aus meiner Sicht der entscheidende letzte Baustein, um wirklich beurteilen zu können,* ***ob und wo Bund und Länder die Kommunen strukturell finanziell überfordern****.*
Ja, bitte.

Ja – und jetzt wird es besonders interessant. Wir müssen nämlich **Bruttoausgaben der Kommunen** und die **tatsächliche Belastung nach Erstattungen durch Bund und Länder** auseinanderhalten. Genau diese Unterscheidung verändert das Bild teilweise erheblich.

1. Das Wichtigste vorweg

Für 2024 ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

Sozialleistungsblock	Kommunale Ausgaben 2024	davon klar erkennbare Bundesentlastung	verbleibende Belastung*
SGB II / Bürgergeld	15,4 Mrd. €	ca. 10,0 Mrd. € KdU	**mind. ca. 5,4 Mrd. €**
SGB XII	21,1 Mrd. €	ca. 11,4 Mrd. € Grundsicherung	**ca. 9,7 Mrd. €**
Eingliederungshilfe SGB IX	22,7 Mrd. €	keine vergleichbare Bundes-Vollfinanzierung	**großer kommunaler/Länder-Block**
Kinder- und Jugendhilfe SGB VIII	18,3 Mrd. €	keine vergleichbare Bundes-Vollfinanzierung	**überwiegend Länder/Kommunen**
Asylbewerberleistungen	3,8 Mrd. €	Finanzierung über Länder sehr unterschiedlich	**nicht bundesweit sauber bestimmbar**

* **Vorsicht:** Die letzte Spalte ist nicht überall eine exakt berechenbare „Nettobelastung der Kommunen“. Besonders bei Eingliederungs- und Jugendhilfe fließen Länderzuweisungen und kommunaler Finanzausgleich hinein, die sich bundesweit nicht sauber aus den Destatis-Zahlen herausrechnen lassen.

Die entscheidende Erkenntnis ist aber:

> **Die beiden großen Kostenblöcke Eingliederungshilfe und Jugendhilfe sind tatsächlich diejenigen, bei denen die kommunale Ebene am stärksten auf den Kosten sitzen bleibt.**

Das bestätigt inzwischen sogar die aktuelle Destatis-Darstellung für 2025: Gerade bei Eingliederungshilfe und Kinder- und Jugendhilfe stiegen die Ausgaben besonders stark, und Destatis weist ausdrücklich darauf hin, dass deren Kosten **vor allem von den Kommunen und weniger von Bund und Ländern getragen werden**. Destatis

---

2. SGB II/Bürgergeld: Hier ist der Bund keineswegs „außen vor“

Das ist ein wichtiger Korrekturpunkt gegenüber einer pauschalen Aussage „die Kommunen bezahlen das Bürgergeld“.

2024 hatten die Kommunen:

- insgesamt **15,4 Mrd. €** SGB-II-Ausgaben,
- davon **14,6 Mrd. € für Unterkunft und Heizung (KdU)**,
- der Bund erstattete davon **10,0 Mrd. €**. Destatis

Damit bleiben bei der KdU zunächst:

14,6 − 10,0 = 4,6 Mrd. €

kommunaler Aufwand. Dazu kommen kleinere kommunale SGB-II-Leistungen außerhalb der KdU.

Der Bund trägt also einen **sehr erheblichen Anteil**.

Noch deutlicher wird das bei den aktuellen Zahlen: Das BMF gibt für 2025 eine Bundesbeteiligung an den KdU von **12,5 Mrd. €** und für 2026 von **13,0 Mrd. €** an. Der Bund trägt inzwischen damit über 70 % der KdU. Bundesfinanzministerium

Konsequenz für unsere Ukraine-Frage

Hier liegt ein wichtiger Punkt:

Wenn ukrainische Geflüchtete Bürgergeld beziehen, kann man **nicht einfach deren gesamten Bürgergeldbetrag als kommunale Kosten verbuchen**.

Das wäre falsch. Insbesondere bei den Unterkunftskosten gibt es eine erhebliche Bundesbeteiligung.

---

3. SGB XII: Auch hier sieht die Bruttozahl dramatischer aus als die tatsächliche Belastung

2024 betrugen die kommunalen SGB-XII-Ausgaben **21,1 Mrd. €**.

Davon entfielen bundesweit **11,4 Mrd. € auf die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**.

Und genau hier übernimmt der Bund die Kosten vollständig. Destatis

Das bedeutet:

21,1 Mrd. €
− 11,4 Mrd. € Bundeserstattung
≈ 9,7 Mrd. €

bleiben als Größenordnung für die übrigen SGB-XII-Leistungen.

Das ist allerdings wiederum keine exakte „9,7-Mrd.-Euro-Rechnung“ für die kommunale Ebene, weil die Finanzierungswege über Länder und Kommunen unterschiedlich organisiert sind.

Aber politisch ist die Aussage sehr wichtig:

> **Mehr als die Hälfte der SGB-XII-Ausgaben ist inzwischen durch die vollständige Bundesfinanzierung der Grundsicherung vom Bund abgedeckt.**

2025 lagen die entsprechenden Bundeserstattungen bereits bei **11,8 Mrd. €**. Destatis

---

4. Wo liegt dann das eigentliche kommunale Problem?

Hier kommen **Eingliederungshilfe und Jugendhilfe** ins Spiel.

Eingliederungshilfe

2024:

22,7 Mrd. € kommunale Ausgaben

2025:

25,2 Mrd. €

also nochmals **+2,5 Mrd. € bzw. +11,2 %** in nur einem Jahr. Destatis

Und das ist kein kleiner Posten.

Die bundesweite Sozialhilfestatistik weist für 2024 sogar **28,67 Mrd. € Nettoausgaben für Eingliederungshilfe** aus. Destatis

Der Unterschied zwischen 22,7 und 28,7 Mrd. € erklärt sich durch die unterschiedliche statistische Abgrenzung der kommunalen Finanzstatistik und der Sozialhilfestatistik – man darf die beiden Zahlen deshalb **nicht einfach addieren**.

Aber beide Statistiken zeigen dasselbe:

Die Eingliederungshilfe ist ein riesiger und schnell wachsender Kostenblock.

Und hier gibt es keine Bundeserstattung in der Größenordnung wie bei der Grundsicherung im Alter.

---

5. Noch auffälliger: Kinder- und Jugendhilfe

2024:

18,3 Mrd. €

2025:

20,0 Mrd. €

also:

+1,6 Mrd. € bzw. +8,8 % in einem Jahr. Destatis

Und dieser Bereich wächst schon seit Jahren ausgesprochen schnell.

Das ist einer der Gründe, weshalb ich die These

> „Die kommunale Finanzkrise kommt hauptsächlich durch die Flüchtlinge“

für **nicht haltbar** halte.

Denn die beiden Bereiche

Eingliederungshilfe + Jugendhilfe

betrugen 2024 zusammen:

22,7 + 18,3 = 41,0 Mrd. €

und 2025 bereits:

25,2 + 20,0 = 45,2 Mrd. €

Das sind enorme Beträge.

---

6. Und jetzt kommt der besonders interessante Vergleich

Wir können unsere frühere Betrachtung der **+16,5 Mrd. € Sozialausgaben 2022–2024** noch einmal unter diesem Gesichtspunkt betrachten.

Von diesen +16,5 Mrd. € entfielen ungefähr:

- **+4,7 Mrd. € Eingliederungshilfe**
- **+4,7 Mrd. € Jugendhilfe**
- **+4,5 Mrd. € Sozialhilfe**
- **+2,9 Mrd. € SGB II**
- **−0,2 Mrd. € Asylbewerberleistungen**

Die ersten drei Positionen machten damit rund **84 % des gesamten Anstiegs** aus.

Und genau diese drei Bereiche sind **nicht primär Ukraine-bedingt**.

---

7. Was bedeutet das für die politische Verantwortlichkeit?

Damit können wir unsere frühere Verantwortungsanalyse jetzt wesentlich präziser formulieren.

Bund

Der Bund ist **stark verantwortlich für die Gesetzgebung**, also beispielsweise:

- welche Sozialansprüche bestehen,
- welche Standards gelten,
- welche Leistungen ausgeweitet werden.

Aber er finanziert einen erheblichen Teil der Geldleistungen inzwischen selbst mit.
Beispiele:

- Grundsicherung im Alter: **100 %**
- KdU: inzwischen **über 70 %**
- weitere Bundesentlastungen.

Das BMF listet die verschiedenen kommunalen Entlastungen aktuell ausdrücklich auf.
Bundesfinanzministerium

Länder

Hier liegt meines Erachtens der **entscheidende blinde Fleck** in der öffentlichen Debatte.

Die Länder sind verfassungsrechtlich für die angemessene Finanzausstattung ihrer Kommunen verantwortlich.

Und gerade bei

- Eingliederungshilfe,
- Jugendhilfe,
- Pflege-/Sozialhilfe,
- Flüchtlingskosten

ist entscheidend, **wie das jeweilige Land die Kosten zwischen Land und Kommunen verteilt**.

Deshalb kann man nicht seriös sagen:

> „Der Bund verursacht die Kosten, deshalb muss der Bund sie vollständig bezahlen.“

Aber ebenso wenig:

> „Die Kommunen haben diese Ausgaben, also sind sie selbst schuld.“

Beides greift zu kurz.

---

8. Mein Zwischenfazit

Wenn wir die Frage auf die **tatsächliche kommunale Belastung** zuspitzen, würde ich die Lage so beurteilen:

🟢 Relativ gut durch den Bund abgefedert

Grundsicherung im Alter

→ praktisch vollständig Bundesfinanzierung.

🟢/🟡 erheblich mitfinanziert

KdU/Bürgergeld

→ großer Bundesanteil; kommunaler Eigenanteil bleibt aber beträchtlich.

🟠 deutlich problematischer

SGB XII außerhalb der Grundsicherung

→ insbesondere **Hilfe zur Pflege** wächst stark; 2024 lagen die bundesweiten Nettoausgaben dafür bei **5,3 Mrd. €**. Destatis

🔴 strukturelles kommunales Problem

Eingliederungshilfe

→ 22,7 Mrd. € kommunale Ausgaben 2024, 25,2 Mrd. € 2025.

🔴 strukturelles kommunales Problem

Kinder- und Jugendhilfe

→ 18,3 Mrd. € 2024, 20,0 Mrd. € 2025.

🟡 Ukraine/Flüchtlinge

→ **realer zusätzlicher Kostenfaktor**, insbesondere bei Unterkunft, Verwaltung, Betreuung und Integration.

Aber:

> **Die Ukraine-Flüchtlinge erklären keineswegs den größten Teil des kommunalen Sozialausgabenanstiegs.**

Das wird durch die Struktur der Ausgaben sehr deutlich.

Und damit kommen wir zu einer noch interessanteren Frage

*Wir könnten jetzt als **dritten und letzten Schritt** untersuchen:*

Warum explodieren gerade Eingliederungshilfe und Jugendhilfe so stark?

Das ist politisch ausgesprochen aufschlussreich, denn dort können wir unterscheiden zwischen:

1. ***mehr Leistungsberechtigten**,*
2. ***höheren Löhnen und Personalkosten**,*
3. ***höheren gesetzlichen Leistungsstandards**,*
4. ***mehr Fällen von psychischen bzw. seelischen Beeinträchtigungen bei Kindern**,*
5. ***dem Bundesteilhabegesetz**,*
6. *und schlicht **allgemeiner Inflation bzw. steigenden Kosten der Leistungserbringer**.*

Damit könnten wir schließlich ziemlich genau beantworten:

> ***Was ist die eigentliche Ursache der kommunalen Finanzkrise – und welcher Teil davon ist politisch durch Bund, Länder oder Kommunen beeinflussbar?***

Das wäre meines Erachtens die spannendste Fortsetzung.

Ja, bitte.

Sehr gern. Ich würde jetzt einen Schritt tiefer gehen: **Was steckt hinter dem starken Anstieg von Eingliederungshilfe und Jugendhilfe – und was davon ist „politisch gemacht", was gesellschaftliche Entwicklung und was schlicht Preissteigerung?**

Dabei ist eine wichtige Erkenntnis vorwegzunehmen:

> **Die kommunale Finanzkrise lässt sich nicht auf einen einzigen Auslöser zurückführen. Sie ist das Ergebnis mehrerer gleichzeitig wirkender Kostensteigerungen – wobei die besonders stark wachsenden Blöcke gerade diejenigen sind, die überwiegend bei Kommunen und Ländern hängen bleiben.**

Und die neuesten Zahlen machen das noch deutlicher: Das kommunale Defizit lag bereits im **1. Halbjahr 2026 erneut bei 20,1 Mrd. €**, genauso hoch wie im ersten Halbjahr 2025. Destatis

---

1. Eingliederungshilfe: Warum steigen die Kosten so stark?

Hier müssen wir vier Faktoren auseinanderhalten.

A. Mehr Leistungsberechtigte

Das ist ein echter struktureller Faktor.

2024 gab es bundesweit rund **1,03 Millionen Empfänger von Eingliederungshilfe**.

Aber: Die Zahl der Empfänger allein erklärt den Kostenanstieg nicht vollständig.

Denn die Ausgaben steigen deutlich schneller als die Zahl der Leistungsberechtigten.

Die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe entwickelten sich:

Jahr	Nettoausgaben
2020	20,8 Mrd. €
2021	22,0 Mrd. €
2022	23,2 Mrd. €
2023	25,4 Mrd. €
2024	**28,7 Mrd. €**

Das sind von 2020 bis 2024 **+7,85 Mrd. € bzw. +37,7 %**. GENESIS-Online

Das ist erheblich mehr als bloße Fallzahlentwicklung.

---

2. Ein großer Teil ist schlicht die Verteuerung der Leistungen

Eingliederungshilfe besteht zu einem erheblichen Teil aus **personalintensiven Dienstleistungen**:

- Betreuung
- Assistenz
- Wohnen
- Werkstätten
- Schulbegleitung
- soziale Teilhabe
- therapeutische bzw. rehabilitative Leistungen.

Wenn ein Sozialarbeiter, Heilerziehungspfleger oder eine Assistenzkraft 10 % mehr verdient, steigen die Kosten der Leistung entsprechend.

Und genau hier kamen nach 2021 mehrere Faktoren zusammen:

Inflation + Tarifsteigerungen + Fachkräftemangel + höhere Personalschlüssel bzw. Qualitätsanforderungen.

Das ist nicht nur Theorie: Die kommunalen Personalausgaben insgesamt stiegen 2024 um **8,9 %**, ausdrücklich unter anderem wegen Tarifsteigerungen und Personalzuwachs. Destatis

---

3. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG): wichtiger Faktor – aber nicht der alleinige Schuldige

Hier lohnt sich eine differenzierte Betrachtung.

Das BTHG wurde schrittweise ab 2017 eingeführt und sollte vor allem:

- Selbstbestimmung verbessern,
- Menschen mit Behinderungen stärker an gesellschaftlicher Teilhabe beteiligen,
- Leistungen personenzentrierter gestalten,
- die bisherige Eingliederungshilfe reformieren.

Das BMAS hat deshalb eigens untersuchen lassen, welche **finanziellen Mehr- und Minderbelastungen** das BTHG für Länder und Kommunen tatsächlich verursacht. Die Untersuchung wurde 2023/24 nochmals fortgeführt. BMAS

Das ist wichtig, weil man gelegentlich liest:

> „Das BTHG ist schuld daran, dass die Eingliederungshilfe explodiert."

Das ist **zu simpel**.

Die Kostensteigerung hat mehrere Ursachen:

BTHG-Effekte + Fallzahlentwicklung + Leistungsintensität + Löhne + Inflation + externe gesellschaftliche Faktoren.

Das BMAS untersucht diese Faktoren ausdrücklich getrennt. BMAS

Meine Bewertung:

Das BTHG hat die Ausgaben tendenziell erhöht, insbesondere durch verbesserte bzw. ausgeweitete Teilhabeleistungen und die stärkere Personenzentrierung.

Aber:

> **Es erklärt nicht allein die enorme Ausgabensteigerung seit 2020.**

---

4. Besonders interessant: Kinder und Jugendliche

Hier finden wir einen strukturellen Faktor, der mit Ukraine-Flüchtlingen praktisch nichts zu tun hat.

Die Jugendhilfeausgaben der Kommunen stiegen:

2022 → 2024:

13,6 → 18,3 Mrd. €

also:

+4,7 Mrd. € bzw. +35 %.

Und 2025 kamen nochmals **1,6 Mrd. €** hinzu. Destatis

Warum?

Ein sehr wichtiger Teil ist die Zunahme von Hilfen bei **psychischen bzw. seelischen Beeinträchtigungen**.

2024 wurden bereits:

174.035 Hilfen nach §35a SGB VIII

für junge Menschen mit seelischer Behinderung bzw. drohender seelischer Behinderung gewährt.

Das waren **+9,7 % gegenüber dem Vorjahr**. Destatis

---

5. Das ist wirklich bemerkenswert

Die Ausgaben für diese spezielle Gruppe der Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche haben sich innerhalb von zehn Jahren **mehr als verdreifacht**:

2014: ca. 1,1 Mrd. €

→

2024: 3,5 Mrd. €

Destatis nennt als häufige Gründe:

- psychische Belastungen,
- Entwicklungsauffälligkeiten,
- schulische Probleme,
- berufliche Probleme.

Parallel ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit emotionalem und sozialem Förderbedarf innerhalb von zehn Jahren um **44 %** gestiegen. Destatis

Das ist ein ausgesprochen starker struktureller Trend.

Und er kann natürlich **nicht mit Flüchtlingen aus der Ukraine erklärt werden**, denn der Trend begann lange vor 2022.

---

6. Aber auch hier muss man aufpassen

Das bedeutet nicht automatisch:

„Die Kinder sind heute psychisch kränker geworden.“

Denn ein Teil des Anstiegs kann auch dadurch entstehen, dass

- Probleme früher erkannt werden,
- Diagnosen häufiger gestellt werden,
- Eltern Leistungen stärker in Anspruch nehmen,
- Schulen häufiger Unterstützung beantragen,
- rechtliche Ansprüche stärker wahrgenommen werden.

Das ist ein klassisches statistisches Problem:

Mehr Fälle können sowohl mehr tatsächliche Probleme als auch bessere Erfassung und niedrigere Zugangsschwellen bedeuten.

---

7. Noch ein ganz wichtiger Punkt: Jugendhilfe ist nicht gleich Flüchtlingshilfe

Die gesamten öffentlichen Jugendhilfeausgaben lagen 2024 sogar bei **78,8 Mrd. €**.
Davon entfielen:
52,4 Mrd. € auf Kindertagesbetreuung
und
19,6 Mrd. € auf Hilfen zur Erziehung. Destatis
Unsere kommunale Finanzstatistik weist dagegen 18,3 Mrd. € für SGB-VIII-Ausgaben aus.
Das sind **unterschiedliche statistische Abgrenzungen**.
Aber beide Zahlen zeigen:

Der größte Teil des Jugendhilfesystems hat überhaupt nichts mit Flüchtlingen zu tun.

---

8. Und jetzt kommen wir zum eigentlichen „Bösewicht“: die Kombination mehrerer Preissteigerungen

Man kann die Entwicklung vereinfacht so darstellen:
Mehr Fälle
↓
mehr Personal
↓
höhere Löhne
↓
höhere Kosten pro Fall
↓
höhere Anforderungen an Betreuung und Teilhabe
↓
höhere kommunale Ausgaben
Und gleichzeitig:

Inflation

→ Energie
→ Mieten
→ Sachkosten
→ Baukosten
→ Verpflegung
→ Dienstleistungen

Die Kommunen haben also nicht nur „mehr Sozialfälle“.

Sie bezahlen **jeden einzelnen Fall zunehmend teurer**.

---

9. Deshalb würde ich die Ursachen ungefähr so gewichten

Nicht als mathematisch exakte Zerlegung – dafür gibt die Statistik keine bundesweit konsistente Aufteilung her –, sondern als **wirtschaftspolitische Einordnung**:

Ursache	Bedeutung
mehr Leistungsberechtigte/Fälle	🟥 sehr hoch
höhere Kosten je Fall	🟥 sehr hoch
Lohn-/Tarifsteigerungen	🟥 sehr hoch

Ursache	Bedeutung
Inflation/Sachkosten	🟧 hoch
Ausweitung bzw. Verbesserung von Leistungen	🟧 mittel bis hoch
BTHG	🟧 mittel
Ukraine-Flüchtlinge	🟨 relevant, aber in diesen beiden Blöcken eher gering
kommunale „Verschwendung“	🟩 kein Haupttreiber

Der letzte Punkt ist wichtig.

Man kann selbstverständlich einzelne kommunale Fehlentscheidungen finden. Aber die Größenordnung der aktuellen Krise lässt sich damit **nicht erklären**.

---

10. Und damit verändert sich auch die Frage nach der politischen Verantwortung

Jetzt können wir unsere vorherige Analyse deutlich präziser machen.

Bund

Hohe Verantwortung für die gesetzlichen Leistungsansprüche und Standards.

Beispiel:

- Sozialgesetzgebung
- BTHG
- Kinder- und Jugendhilferecht
- Regelungen zur Grundsicherung.

Länder

Sehr hohe Verantwortung für die tatsächliche Finanzierung der Kommunen.

Denn die Länder bestimmen maßgeblich:

- kommunalen Finanzausgleich,
- Kostenerstattungen,
- Zuständigkeiten,
- Finanzierung von Jugend- und Sozialhilfe,
- teilweise auch die konkrete Organisation der Eingliederungshilfe.

Kommunen

Geringe bis mittlere Verantwortung bei diesen großen Kostenblöcken.

Sie können Verwaltungsabläufe verbessern und bei freiwilligen Leistungen sparen.

Aber sie können nicht einfach sagen:

„Wir zahlen künftig keine Eingliederungshilfe mehr.“

oder:

„Wir stellen die Jugendhilfe ein.“

Das sind gesetzliche Pflichtleistungen.

---

11. Ein sehr aufschlussreicher aktueller Befund

Und hier schließt sich der Kreis zu unserer Ausgangsfrage.

2025 stiegen die kommunalen Sozialausgaben insgesamt um **5,9 % auf 90,0 Mrd. €**.

Die beiden besonders stark wachsenden Blöcke waren:

- Eingliederungshilfe: **+11,2 %**
- Jugendhilfe: **+8,8 %**

Während gleichzeitig die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um **10,9 % zurückgingen**. Destatis

Das ist ein ziemlich starkes Indiz gegen die These:

„Die Flüchtlinge sind die Hauptursache der kommunalen Finanzkrise.“

Denn gerade in dem Jahr, in dem die kommunale Sozialrechnung weiter stark unter Druck geriet, **sanken die Asylbewerberleistungen**, während die beiden großen strukturellen Kostenblöcke weiter stark stiegen.

---

12. Und 2026 bestätigt sich das Bild

Im ersten Halbjahr 2026:

- Sozialleistungen: **+3,9 %**
- Personalausgaben: **+5,2 %**
- Zinsausgaben: **+13,1 %**
- Gewerbesteuer: **−2,0 %**
- kommunales Defizit: **20,1 Mrd. €**

gleichzeitig sanken die Investitionen um **4,5 %**. Destatis

Das ist für mich fast der wichtigste Befund der gesamten Untersuchung:

> **Die kommunale Krise ist inzwischen eine klassische strukturelle Haushaltskrise: laufende Pflichtausgaben wachsen schneller als die dauerhaft verfügbaren Einnahmen – und dadurch werden Investitionen verdrängt.**

Das erklärt auch, warum die Diskussion über Flüchtlingskosten zwar politisch verständlich ist, aber **ökonomisch nur einen Teil des Problems trifft**.

Mein Gesamturteil nach unserer bisherigen Untersuchung

Wenn wir die Jahre **2022–2026** betrachten, würde ich die Ursachen ungefähr so sortieren:

1. 🟥 Strukturbedingt steigende Sozialausgaben
insbesondere Eingliederungs- und Jugendhilfe

2. 🟥 Kostensteigerungen bei Personal und Dienstleistungen
Tarif, Fachkräftemangel, Inflation

3. 🟥 Zu schwache Einnahmedynamik
vor allem Gewerbesteuer und andere kommunale Einnahmen

4. 🟧 Zunehmende Zinslast

5. 🟧 Gesetzliche Leistungsausweitungen bzw. höhere Standards
darunter BTHG

6. 🟨 Ukraine/Flüchtlinge
real und teilweise erheblich, aber **nicht Hauptursache der strukturellen Entwicklung**

7. 🟩 kommunale Eigenentscheidungen
vorhanden, aber quantitativ nicht der entscheidende Faktor.

Und daraus ergibt sich meines Erachtens die politisch interessanteste Schlussfolgerung:

> **Die Kommunen sind weniger durch einen plötzlichen Einnahmeeinbruch als dadurch in die Krise geraten, dass ihnen immer mehr gesetzlich gebundene, personalintensive Leistungen auferlegt bzw. übertragen werden, deren Kosten schneller steigen als ihre frei verfügbaren Einnahmen.**

Der Bund beteiligt sich zwar inzwischen erheblich – allein 2026 mit **13,0 Mrd. € KdU und 12,45 Mrd. € für die Grundsicherung** –, aber diese Entlastungen lösen das Problem der stark wachsenden Eingliederungs- und Jugendhilfe nicht. Bundesfinanzministerium

Das ist meines Erachtens der Kern der ganzen Geschichte.